Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 24. Januar 2011, 15:00 Uhr, Sitzungszimmer 201, Nr. 1/2011

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Petra Biel
Ausschussmitglied Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied August Desenz
Ausschussvorsitzender Jörn Felbier

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ausschussmitglied Gerold Tholen

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Erika Lach
Stellv. Ausschussvorsitzender Philipp Panzer

von der Verwaltung

Jens Stoffers	Erster Stadtrat
Gerd-Dieter Mönck	Fachbereichsleitung Zentrale Dienste
Ellen Wolbergs	Gleichstellungsbeauftragte
Dagmar Müller	Protokollführerin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 22.11.2010	
3	Vorlagen an den Rat	
3.1	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Olaf Augustin	**14/2011**
4	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss	
4.1	Beförderungen	
4.1.1	Beförderung – Sylvia Cornelius	**15/2011**
4.1.2	Beförderung – Sabine Franz	**16/2011**
4.1.3	Beförderung – Torben Müller	**17/2011**
4.1.4	Beförderung – Insa Rogel	**18/2011**
4.1.5	Beförderung – Volker Osterkamp	**19/2011**
4.1.6	Beförderung – Lutz Peter	**20/2011**
4.1.7	Beförderung – Tanja Höpfner	**21/2011**
4.1.8	Beförderung – Susanne Juds	**22/2011**
4.1.9	Beförderung – Jens Kleen	**23/2011**
4.1.10	Beförderung – Friederike Kolb	**24/2011**
4.2	Ausnahmen vom Einstellungsstopp	
	Angelegenheiten von Beamten	
4.2.1	Einstellung einer Brandrätin/eines Brandrates	**25/2011**
	Angelegenheiten von Beschäftigten	
4.2.2	Unbefristete Einstellung einer Juristin/eines Juristen	**12/2011**
4.2.3	Einstellung eines Dipl.-Psychologen für das Beratungszentrum für Kinder, Jugendliche und Eltern	**27/2011**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Anfragen von Herrn Föhlinger	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Felbier** eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 22.11.2010

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 22.11.2010 wurde bei einer Stimmenthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Olaf Augustin **14/2011**

Herr Felbier nahm kurz Stellung zur Vorlage.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der bisherige Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant, Herr Olaf Augustin wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz erneut mit Wirkung vom 01.03.2011 bis zum 28.02.2017 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Beförderungen

Herr Föhlinger bat um allgemeine Informationen hinsichtlich der Beförderungen aus dem Jobcenter. **Herr Stoffers** erläuterte, dass die MitarbeiterInnen des Jobcenters aufgrund der bisher unklaren Rechtssituation nur Zulagen erhalten haben. Die höherwertige Tätigkeit würde jedoch bereits seit Jahren von ihnen ausgeübt. Durch die seit Januar 2011 gesetzlich verankerte gemeinsame Einrichtung (Jobcenter) sei man nunmehr in der Lage, das Engagement der MitarbeiterInnen durch entsprechende Beförderungen zu honorieren. Kraft Gesetzes seien diese MitarbeiterInnen alle dem Jobcenter zugewiesen. Auf Ausschreibungen entsprechender Stellen im Mutterhaus können sich die MitarbeiterInnen des Jobcenters natürlich bewerben und am Auswahlverfahren teilnehmen, da sie nach wie vor städtische MitarbeiterInnen seien.

Die Ausschussmitglieder diskutierten über die allgemeine Situation der Besetzung der Stellen im Jobcenter.

Frau Bauermeister bat die Verwaltung, jeweils zu den einzelnen Beschlussvorlagen kurze Informationen zu geben.

Daraufhin informierte **Herr Stoffers** die Ausschussmitglieder über das allgemeine Verfahren der Stellenbewertungen. Zunächst werde von einer unabhängigen Bewertungskommission über die Wertigkeit einer Stelle entschieden. Dieser Stellenwert findet sich dann im Stellenplan wieder, den der Rat als Bestandteil des Haushaltsplanes beschlossen hat.

Darauf erfolgt die zweite Prüfung. Die persönlichen Voraussetzungen des Mitarbeiters, der diese Tätigkeit wahrnimmt, müssen im vollen Umfange den Anforderungen der Stelle entsprechen. Nur dann sei es möglich, den Mitarbeiter zu befördern. Die Ausschussmitglieder nahmen Kenntnis.

4.1.1 Beförderung – Sylvia Cornelius **15/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtoberinspektorin Sylvia Cornelius, Fachbereich Zentrale Dienste, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Stadtamtfrau zu ernennen.

4.1.2 Beförderung – Sabine Franz **16/2011**

Herr Stoffers erläuterte die Situation im Rechtsamt. Er informierte, dass Frau Franz nach einer Einarbeitungsphase nunmehr mit Fällen höherer Qualität und beträchtlichen Auswirkungen auf die Finanzen konfrontiert werde. Sie trägt somit auch eine wesentlich höhere Verantwortung auf dieser Stelle. Dadurch ließe sich die Bewertung nachvollziehen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Städtische Rätin Sabine Franz, Rechtsamt, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt und vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Städtischen Oberrätin zu ernennen.

4.1.3 Beförderung – Torben Müller **17/2011**

Herr Stoffers führte auch hier kurz aus, dass die Stelle zum Stellenplan 2011 nach A 10 BBesG neu bewertet worden sei. Der Stelleninhaber Herr Torben Müller hat sich auf dieser Stelle nach Auffassung seiner Vorgesetzten bewährt, sodass die persönlichen Voraussetzungen für eine Beförderung auch hier gegeben seien.

Herr Felbier und **Herr Föhlinger** baten die Verwaltung mit dem vorherigen Stelleninhaber nochmals ein Gespräch wegen der damaligen Stellenbewertung zu führen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtinspektor Torben Müller, Fachbereich Umwelt, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt und vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum Stadtoberinspektor zu ernennen.

4.1.4 Beförderung – Insa Rogel **18/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtinspektorin Insa Rogel, Fachbereich Kommunikation & Koordination, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt und vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Stadtoberinspektorin zu ernennen.

4.1.5 Beförderung – Volker Osterkamp **19/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtamtmann Volker Osterkamp, GAQ, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum Stadtamtsrat zu ernennen.

4.1.6 Beförderung – Lutz Peter **20/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtamtmann Lutz Peter, Jobcenter, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum Stadtamtsrat zu ernennen.

4.1.7 Beförderung – Tanja Höpfner **21/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtinspektorin Tanja Höpfner, Jobcenter, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Stadtoberinspektorin zu ernennen.

4.1.8 Beförderung – Susanne Juds **22/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtinspektorin Susanne Juds, Jobcenter, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Stadtoberinspektorin zu ernennen.

4.1.9 Beförderung – Jens Kleen **23/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtinspektor Jens Kleen, Jobcenter, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum Stadtoberinspektor zu ernennen.

4.1.10 Beförderung – Friederike Kolb **24/2011**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtinspektorin Friederike Kolb, Jobcenter, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Stadtoberinspektorin zu ernennen.

Herr Felbier teilte abschließend mit, dass ihm aufgefallen sei, dass das „Frauenverhältnis“ bei den Beförderungen heute sowie auch in den letzten Sitzungen überwiege. Er bat **Frau Wolbergs** um Information in der nächsten Sitzung, wie sich zurzeit die Frauenquote bei der Stadtverwaltung darstelle. Nach kurzer abschließender Diskussion nahmen die Ausschussmitglieder Kenntnis.

4.2 Ausnahmen vom Einstellungsstopp

Angelegenheiten von Beamten

4.2.1 Einstellung einer Brandrätin/eines Brandrates **25/2011**

Herr Felbier informierte die Ausschussmitglieder über den Hintergrund der Besetzung der Stelle einer Brandrätin/eines Brandrates.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum 01.04.2011 wird eine Brandrätin/ein Brandrat nach Besoldungsgruppe A 13 BBesG eingestellt.

Herr Stoffers fügte zum Bereich der Feuerwehr noch hinzu, dass eine Vorlage nicht über den PGL gelaufen, sondern wegen der Kurzfristigkeit direkt in den VA gegeben worden sei. Es handele sich hierbei um ein Pilotprojekt zur Nachwuchsgewinnung bei Berufsfeuerwehren. Die Stadt WHV suche einen Auszubildenden, der komprimiert innerhalb von 18 Monaten seinen Abschluss als Industrieelektriker beim Kooperationspartner Siemens absolviert. Im sofortigen Anschluss beginne die Ausbildung zum Brandmeister. Bislang sei eine Ausbildung zum Brandmeister immer nur nach Abschluss einer Ausbildung möglich. Man erhoffe sich so für die Nachwuchsgewinnung bei der Feuerwehr Erleichterung. **Herr Mönck** beschrieb die „Hürden“ des Auswahlverfahrens. Es folgte eine kurze abschließende Diskussion.

Angelegenheiten von Beschäftigten

4.2.2 Unbefristete Einstellung einer Juristin/eines Juristen **12/2011**

Herr Stoffers führte dazu aus, dass die dritte Stelle im Rechtsamt besetzt werden solle. Er berichtete über die Schwierigkeiten einer befristeten Ausschreibung der Stelle. Aus diesem Grunde solle nunmehr unbefristet ausgeschrieben werden. Ob die Verwaltung dann von der Ermächtigung zur unbefristeten

Einstellung Gebrauch machen würde, hänge von dem/der BewerberIn und dessen/deren Qualifikationen ab. Bei Berufsanfängern würde man sicherlich nicht auf eine Befristung verzichten. Bei der Einstellung eines Bewerbers mit hoher Berufserfahrung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wäre grundsätzlich eine Probezeit von 6 Monate zu vereinbaren.

Frau Bauermeister bat die Verwaltung um Erklärung, warum diese Schwierigkeiten bestünden, solch eine Stelle zu besetzen. **Herr Stoffers** führte dazu aus, dass man bislang bei überörtlicher Ausschreibung hervorragende Bewerbungen von Berufsanfängern erhalten habe. Nach einer Auswahl der besten Kandidaten sei es häufig zu Absagen der ersten drei Bewerber an die Stadt gekommen. Habe man dann einen Bewerber gefunden, wäre dieser mit seinen sehr guten Abschlüssen und der nach zwei Jahren erreichten Berufserfahrung bei der Stadt Wilhelmshaven auf dem Arbeitsmarkt noch flexibler. Durch familiäre Bindungen würden sie dann WHV wieder verlassen. Zudem sei bei der Stadt WHV eine große Bandbreite von Rechtsgebieten abzudecken, was auch einige Stelleninhaber in der Vergangenheit scheitern ließe.

Die Ausschussmitglieder diskutierten die Vor- und Nachteile einer befristeten bzw. unbefristeten Ausschreibung der Stelle.

Abschließend bestätigte **Herr Stoffers Herrn Felbier**, dass die Einstellung eines qualifizierten Bewerbers ja erneut dem PGL zur Beschlussfassung vorgelegt werden würde.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist eine Juristin/ein Jurist für das Rechtsamt auf unbestimmte Zeit nach Entgeltgruppe 13 TVöD in Vollzeit einzustellen.

4.2.3 Einstellung eines Dipl.-Psychologen für das Beratungszentrum für Kinder, Jugendliche und Eltern **27/2011**

Herr Stoffers führte dazu aus, dass der bisherige Stelleninhaber Herr Rolf Menzel die Stadt WHV verlassen habe, da er an seinem Wohnort Oldenburg eine entsprechende Position bekommen habe. Die Stadt WHV habe aufgrund der Haushaltssituation versucht, die Stelle mit 20 Std. / Woche zu besetzen. Dies sei trotz Ausschreibung nicht gelungen. Herr Menzel, der von der Stadt als gut beurteilt und dessen Weggang sehr bedauert wurde, habe erneut Kontakt aufgenommen und erklärt, dass er sich auf seinem neuen Arbeitsplatz nicht wohl fühle. Er habe die Anfrage gestellt, wieder zurückkommen zu dürfen.

Die Verwaltung mache nunmehr den Vorschlag, Herr Menzel erneut ganztags einzustellen. Nach dem Zahlenwert zu den Beratungsfällen wäre dies auch möglich. Sollte dem Beschluss der Einstellung zugestimmt werden, würde das Jugendamt bei den nächsten Vakanzen darauf achten, eine halbe Stelle einzusparen. Durch das Nichtbesetzen dieser Stelle seien bereits die Wartezeiten auf Beratungstermine wesentlich verlängert worden.

Nach kurzen Rückfragen u.a. hinsichtlich der Wohnsitznahme von Herrn Menzel stimmten die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Für das Beratungszentrum für Kinder, Jugendliche und Eltern wird Herr Rolf Menzel, geb. 11.03.1971, zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Dipl.-Psychologe nach Entgeltgruppe E 13 TVöD (39 Std./Woche) unbefristet eingestellt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Anfragen von Herrn Föhlinger

Herr Mönck ging auf die im letzten Ausschuss gestellten Fragen des **Herrn Föhlinger** ein.

Er habe sich nach der unbesetzten Stelle eines „ProbenehmerhelferIn“ im Umweltamt und deren Wirtschaftlichkeit erkundigt. Die entsprechenden Zahlen seien ihm von WEB und dem Umweltamt geliefert worden. Durch die Nichtbesetzung dieser Stelle sind weniger Proben gezogen worden und das Gebühreneinkommen ist somit natürlich geringer ausgefallen. Die Zahlen von Ende 2009 bis Mai 2010 ergaben Mindereinnahmen von 3.700,-- €. Die eingesparten Personalkosten in diesem Zeitraum lägen jedoch bei 5.600,-- €. Die Vakanz der Stelle wäre somit nicht unwirtschaftlich. In 2010 sehe es ähnlich aus. Es sind ca. 70 Proben weniger gezogen worden. Dem Einnahmeverlust von 6.600,-- € stehen die eingesparten Personalkosten in Höhe von 11.200,-- € gegenüber.

Die Ausschussmitglieder diskutierten kurz und nahmen die Informationen zur Kenntnis.

Herr Mönck bezog sich auf die zweite Anfrage hinsichtlich der Anläufe der Feuerwehr seit 2000 eine weitere Stelle „Vorbeugender Brandschutz“ zu besetzen. Eine zusätzliche Stelle, die sich nicht vollständig über Gebühren refinanzieren lasse, sei bis heute nicht eingerichtet worden.

Nach kurzer Diskussion der **Herren Föhlinger** und **Felbier** unterstrich **Herr Mönck**, dass die Verwaltung sich mit diesem Thema erneut beschäftigen müsse, da Herr Gießenberg, der zurzeit als erster Mann diese Aufgabe wahrnehme, im Jahre 2012 in den Ruhestand eintreten würde. Spätestens dann tauche die Frage auf, wie diese Tätigkeiten des „Vorbeugenden Brandschutzes“ geregelt werden müssten.

Zur dritten Anfrage erklärte **Herr Mönck**, dass es bei der Stadt Wilhelmshaven keine „Leiharbeiter-Verhältnisse“ gibt. Bei den Töchtern der Stadt seien der Verwaltung die Hände gebunden.

Nach kurzer Diskussion über das Image der Stadt und dieser Art von Beschäftigungsverhältnissen nahmen die Ausschussmitglieder Kenntnis.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:15 Uhr

Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in